

II-1393 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 811 J

1991-04-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Grandits, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Transport der US-Bergepanzer durch Tirol in die Golfregion

Auf der Bahnstrecke zwischen Kufstein und Brenner kam es Mitte Februar d.J. anlässlich des Transportes der US-Bergepanzer in die Golfregion zu starken Übergriffen der Exekutive gegenüber den Blockierern. Dabei wurde von einem Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, wurden einige Pressefotografen mit Handschellen abgeführt und mehrere Friedensaktivisten verhaftet. Ferner kam es zur Bedrohung der Blockierer/innen mit einer entschicherten Schußwaffe und zum Einsatz von Hunden ohne Maulkorb.

Aus Berichten der Betroffenen geht hervor, daß den bei einem Blockadeversuch in Rum verhafteten Frauen die elementarsten Rechte vorenthalten wurden: Die Beamten gaben die Dienstnummern nicht bekannt und erlaubten keine Kontaktversuche mit Anwälten/innen oder Verwandten. Die ausschließlich wegen Verwaltungsdelikten Festgenommenen erlebten unerträgliche, unwürdige Haftbedingungen. So etwa wurden 24 Frauen in einer 9 m² großen Zelle mit einem WC, dessen Spülung kaputt war, fast zwei Stunden lang festgehalten.

Mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung und unter dem Schutz der Exekutive wurde dafür "Sorge getragen", daß der Waffentransport ungehindert das neutrale Österreich passieren konnte und damit indirekt das Massaker am Golf unterstützt. Da die Durchfahrtsgenehmigung von Waffen in eine kriegsführende Region einen Bruch der Neutralität Österreichs durch die Bundesregierung darstellt, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e:

1. Wieviele Polizisten/Gendarmen waren bei der o.a. Aktion im Einsatz?
2. Wer gab den Schießbefehl?
3. Bei der o.a. Aktion kam es auch zur Verhaftung von Pressefotografen und immunen Abgeordneten. Warum?
4. Hat die o.a. Vorgangsweise einen Rücktritt des dafür zuständigen Sicherheitsdirektors zur Folge bzw. welche Konsequenzen gab es seitens Ihres Ministeriums?
5. Welche Konsequenzen wird es seitens des Innensministeriums geben, um in Hinkunft solche Übergriffe zu vermeiden?
6. Wie beurteilen Sie o.a. Vorgangsweise im Hinblick auf die Neutralität Österreichs?